

Sammelrez: Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte

Troebst, Stefan (Hrsg.): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*. Osnabrück: fibre Verlag 2006. ISBN: 3-938400-17-X; 263 S.

Piskorski, Jan M.: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Aus dem Polnischen von Andreas Warnecke*. Osnabrück: fibre Verlag 2005. ISBN: 3-929759-96-9; 180 S.

Rezensiert von: Rainer Ohliger, Netzwerk Migration in Europa e.V., Berlin

Das Gedenken und Erinnern an die europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts hat die deutsche und (ostmittel)europäische Öffentlichkeit in den letzten Jahren zunehmend bewegt und polarisiert. Nicht zuletzt wurde die Kontroverse durch das Vorhaben forciert, der Flucht und Vertreibung der Deutschen 1944/45 an einem zentralen Ort in Berlin zu gedenken. Dieser Vorschlag ging vor allem auf die Initiative der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordneten, Erika Steinbach, und des 2005 verstorbenen Sozialdemokraten und Publizisten Peter Glotz zurück. Um breitere Unterstützung für das Vorhaben zu gewinnen, wurde im Jahr 2000 die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet (<<http://www.z-g-v.de/index1.html>>). Diese von Steinbach und Glotz geführte Stiftung mobilisierte Intellektuelle, Prominente, Politiker und Historiker für die Zentrums-idee. Die Liste der Unterstützer reichte dabei von Udo Lattek und György Konrád über Ralph Giordano (der seine Meinung inzwischen geändert hat) und Otto Graf Lambsdorff bis hin zu Harald Schmidt und Horst Möller. Darüber hinaus versuchte die Stiftung, deutsche Gemeinden und Städte als Partner und finanzielle Förderer des Projekts zu gewinnen. Außerdem konzipierte und zeigte sie 2006 im Berliner Kronprinzenpalais die Ausstellung „Erzwungene Wege“, die auch als ein erster Schritt zu einem permanenten Ort des Erinnerns und Gedenkens dienen sollte.¹

Die Initiative zur Errichtung eines Zen-

trums gegen Vertreibungen unter der Ägide der gleichnamigen Stiftung führte national wie international zu heftigen Reaktionen, Debatten, Polemiken und Gegenentwürfen. Dabei wurde vorwiegend um drei zentrale Themen gestritten: erstens um den Standort (in Berlin oder anderswo in Europa), zweitens um die Rolle nationaler Opfergeschichten im Rahmen größerer europäischer Erzählungen und drittens um die Beteiligung der Opferverbände, vor allem des Bundes der Vertriebenen, bei der Ausgestaltung eines solchen Gedenk- und Erinnerungsortes. Die Hintergrundmusik zu dieser Auseinandersetzung lieferte die übergeordnete Frage, wie sich der 1990 wieder entstandene deutsche Nationalstaat seiner nationalsozialistischen Vergangenheit stellt, und ob ein Diskurs über die deutschen Opfer – nicht nur jener von Flucht und Vertreibung – möglicherweise die vorbehaltlose Anerkennung der NS-Verbrechen schmälern und die Geschichte der Opfer der Deutschen relativieren werde. Am zugespitztesten verlief die internationale Auseinandersetzung in und mit Polen: Der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen war ein Grund für die deutliche Abkühlung der in den 1990er-Jahren wohltemperierten deutsch-polnischen Beziehungen. Ein Nebeneffekt der Debatte war, dass Erika Steinbach zeitweise zur prominentesten und am meisten gehassten deutschen Politikerin in Polen wurde.

Die beiden Bücher des deutschen Historikers Stefan Troebst und des polnischen Historikers Jan M. Piskorski widmen sich laut Titel und Untertitel vor allem den deutsch-polnischen Aspekten dieses Streits. Die Lektüre zeigt aber schnell, dass beide Bücher darüber hinausgehen. Dies gilt vor allem für die von Troebst herausgegebene Quellensammlung. Der Osteuropahistoriker und Slawist Troebst, stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig, hat mit der Dokumentation von 62 (überwiegend

¹Siehe dazu die Rezensionen von Matthias Sticker (<<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezausstellungen&id=44>>) und Michael Wildt (in: *Historische Anthropologie* 15 [2007], S. 281-295, online unter URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/wildt_erzwungene_wege.pdf>).

amtlichen) Quellen eine Sammlung vorgelegt, die sich zwei politisch mittlerweile überholten bzw. gescheiterten Seitenwegen der Debatte widmet. Es wird einerseits minutiös dokumentiert, wie die rot-grüne Bundesregierung seit dem Sommer 2002 in eher stiller Diplomatie versuchte, durch die Gründung des „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“ in Kooperation mit ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten ein offizielles Gegenkonzept zum Zentrum gegen Vertreibungen zu etablieren. Andererseits wird die im Jahr 2004 ins Leben gerufene Initiative der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Errichtung eines „Europäischen Gedenkzentrums für Opfer von Zwangsmigrationen und ethnischen Säuberungen“ dokumentiert.

Der Herausgeber fungiert nicht nur in der Rolle des Historikers oder politischen Kommentators, sondern war in beide Initiativen als Experte und Berater involviert, was zu vertieften Einblicken führt, da unter anderem auch sechs Berichte bzw. Protokolle aus eigener Feder mit in die Dokumentensammlung aufgenommen wurden. Wer sich insbesondere für die Interna und Schwierigkeiten der Netzwerk-Initiative interessiert, ist gut beraten, diese persönlichen Dokumente zu konsultieren. Sie spiegeln ungeschminkt die Konfliktlinien und Interessengegensätze wider, die in den Verhandlungen sichtbar wurden und letztlich zum Ausscheiden der Tschechischen Republik, der Apathie Österreichs und der nur teilnehmenden Beobachtung Ungarns und der Slowakei führten, so dass als handelnde und streitende Akteure letztlich nur noch Deutschland und Polen übrig blieben. Man lernt beim Lesen schnell, dass die auf akademischer Ebene mittlerweile meist reibungslos funktionierenden Kooperationen zur Erforschung des Themenkomplexes Zwangsmigration in der Politik noch längst keine Entsprechung gefunden haben.

Der in der Öffentlichkeit weniger bekannte Initiative des Europarats ist nur ein Zehntel der Dokumente gewidmet, was nicht zuletzt mit der kurzen Lebensdauer dieser Initiative zu tun hat. Die Zweidrittelmehrheit, die zur Ratifizierung des Vorschlags von 2004 (Dokument Nr. 40) notwendig gewesen wäre, scheiterte als Folge einer Intervention der

französischen Delegation. Diese sprach sich im Jahr 2005, 60 Jahre nach Kriegsende, unter dem Titel „Zentrum des Gedenkens oder Entstellung des Gedenkens“ vehement gegen ein entsprechendes Vorhaben aus (Nr. 41). Die Gründe für die Ablehnung lagen in terminologischen und politischen Differenzen, die – so die französische Argumentation – zu einer unzulässigen Gleichsetzung verschiedener Opfergruppen führen würden. Dies komme „einer Beleidigung der Millionen Märtyrer der ‚Endlösung‘ oder der Widerstandskämpfer gleich“ (S. 211).

Troebst hat bewusst darauf verzichtet, die Debatten um das Zentrum gegen Vertreibungen in die Dokumentensammlung aufzunehmen, weil dies den Umfang gesprengt hätte. Das schmälert allerdings den Gebrauchswert des Bandes, da die europäischen Gegenentwürfe nur vor dem Hintergrund der nationalen Debatte in Deutschland voll zu verstehen sind. Eine kurze Dokumentation des Vorhabens „Zentrum gegen Vertreibungen“ anhand der Schlüsseltexthe wäre zur Kontextualisierung hilfreich gewesen. Auch kurze, den Dokumenten vorangestellte interpretatorische Einführungen des Herausgebers wären nützlich gewesen, da die Quellen ja nicht für sich selbst sprechen. Der im Titel enthaltene Anspruch, einen Beitrag zum „Vertreibungsdiskurs“ und zur „europäischen Erinnerungskultur“ zu liefern, wird nur so partiell eingelöst. Die sorgfältige Auswahl meist amtlicher Dokumente nützt vor allem jenen, die bereits mit dem Thema vertraut sind.

Das in derselben Reihe erschienene Buch von Jan Piskorski, Professor für vergleichende Geschichte Europas an der Universität Szczecin/Stettin, bietet daher eine willkommene Ergänzung. Der Autor geht ausführlich auf die polnischen und deutschen Debatten ein, nennt Akteure und Interessen und bettet die Diskussion dezidiert in den deutsch-polnischen historischen und geschichtspolitischen Kontext ein. Man ist als Leser immer wieder überrascht, wie wenig streitsüchtig der Autor dieser „Streitschrift“ tatsächlich ist. Gemessen an den polemischen Tönen deutscher Historiker bei historiographischen Debatten oder der Leidenschaft, mit der das Thema Zwangsmigration im deutsch-polnischen politischen Kontext verhandelt wurde, ist die-

ses Buch vergleichsweise sachlich.

Es stellt die Vertreibung der Deutschen zuerst in einen längeren historischen Kontext, beginnt also mit Zwangsmigrationen und Völkerverschiebungen der unmittelbaren Vorkriegs- und Kriegszeit sowie den bevölkerungspolitischen Plänen des „Dritten Reichs“ für Osteuropa im Allgemeinen und für Polen im Besonderen. Darüber hinaus wird der Zusammenhang von Flucht und Vertreibung mit der Westverschiebung Polens und der Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem historischen Ostpolen skizziert. Der Hauptteil des Buches setzt sich dann mit der Rolle des Bundes der Vertriebenen, dessen Plänen für ein Zentrum gegen Vertreibungen und der Rezeption dieser Pläne auseinander, die der Autor selbst ablehnt. Hier gewinnt man gelegentlich den Eindruck, dass die Bedeutung der Vertriebenen und ihrer Verbände für die heutige deutsche Gesellschaft ein wenig überzeichnet wird – so wenn Piskorski argumentiert, dass der Bund der Vertriebenen versuche, „im Kampf ums Überleben die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen komplett über den Haufen zu werfen“ (S. 40). Selbst wenn es diese Intention im Verband gäbe, wäre sein Einfluss auf die deutsche Außenpolitik heute doch nicht mehr so groß, als dass dieses Ziel auch nur annähernd erreicht werden könnte.

Klar wird bei der Lektüre, dass der Streit um das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs aus polnischer Sicht wesentlich auch ein Streit um Begriffe und Kategorisierungen ist. So erklärt die Kritik an der Wortwahl von Erika Steinbach, die die Vertreibung als „Genozid“ bezeichnete und den Begriff der „Vernichtungslager“ für Deutsche in die Debatte einführte, die vehemente Ablehnung Steinbachs und ihres Programms. Piskorski entfaltet die etymologischen Ursprünge und semantischen Bedeutungen der polnischen Begriffe „Umsiedlung“ und „Aussiedlung“ – gängige Termini in Polen, die unter Deutschen oftmals Irritationen auslösen. Piskorskis Argument ist, dass „Aussiedlung“ und „Umsiedlung“ im Polnischen Synonyme für den (im Deutschen mehrdeutigen) Begriff „Vertreibung“ seien, die Konnotation in der jeweiligen Sprache also ähnlich sei (S. 54).

Der Autor teilt die Sorge, dass die Verschiebung des Erinnerungsdiskurses zugunsten der deutschen Opfer zulasten einer angemessenen Erinnerung an die Opfer der Deutschen gehen könne. Eine Wende in diese Richtung erkennt er im Jahr 2002 mit der Debatte um die Bombardierungen deutscher Städte und der Veröffentlichung von Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“, die die Geschichte des Flüchtlingssschiffs „Wilhelm Gustloff“ schilderte: „Das Mitgefühl des linken, stets vor deutschem Revanchismus warnenden Autors für die deutschen Flüchtlinge sollte danach alle Bremsen lösen. Die Geschichte entglitt der Kontrolle der Berufshistoriker [...], und die Emotionen gewannen die Oberhand.“ Damit, so Piskorski, sei der Holocaust als Erinnerungssikone entzaubert worden (S. 92). Dies gehe in der Generation der heutigen Jugendlichen mit der mehrheitlichen Meinung einher, dass „ihre Familien aktiv den Opfern nationalsozialistischer Verfolgungen geholfen haben oder in der Widerstandsbewegung gewesen sind“ (S. 95). Zugleich lasse sich in Deutschland eine starke Kontinuität stупender Unkenntnis über Polen und die in und an Polen durch Deutsche verübten Verbrechen konstatieren. In dieser deutschen Trias aus Ignoranz, historischer Mythologie und national zentriertem Opferdiskurs sieht Piskorski die Gefahr, dass ein Zentrum gegen Vertreibungen in seiner nationalen Variante einem an Aufklärung und Europäisierung orientierten historischen Bewusstsein entgegenstehen würde.

Das im polnischen Original 2004 veröffentlichte Buch schließt mit einem Appell an die polnische Gesellschaft, die demokratische Stabilität des heutigen Deutschland nicht zu unterschätzen, und fordert Selbstkritik ein, da das politische System Polens längst noch keine vergleichbare Stabilität aufweise und die polnischen Radikalen viel stärker seien (S. 129).

Einige wenige faktische Irrtümer sind Piskorski bei seinen Ausführungen zu aktuellen Fragen unterlaufen, so zum Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland und dem Erwerb des Vertriebenenstatus als Aussiedler. Die Behauptung, das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht folge nach wie vor ausschließlich dem *ius sanguinis* (S. 51), ist seit der

Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 nicht mehr zutreffend. Auch wurden in den frühen 1990er-Jahren massive rechtliche Einschränkungen bei der Zuwanderung von Aussiedlern vorgenommen, so dass die von Piskorski behauptete Kontinuität zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Gegenwart juristisch und politisch so seit 15 Jahren nicht mehr besteht.

Die politischen Entscheidungen über einen Erinnerungsort für Flucht und Vertreibung sind in Deutschland seit der Veröffentlichung der beiden Bücher vorangeschritten. Sie haben einen Teil von Troebsts und Piskorskis Überlegungen und Warnungen hinfällig gemacht. Die im Koalitionsvertrag von 2005 festgeschriebene Absicht, „im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen [zu] setzen, um [...] an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“, wurde im März 2008 mit einem Kabinettsbeschluss unterfüttert. Ob daher das Thema Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts und die Institutionalisierungsinitiativen tatsächlich noch zu „einem europäischen Strang zusammengedreht werden können“, wie Troebst hofft (S. 29), darf zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Im Zentrum Berlins wird in den nächsten Jahren unweit des Denkmals für die ermordeten Juden Europas erst einmal eine Gedenkstätte und ein Dokumentationszentrum entstehen, das an die Flucht und Vertreibung der Deutschen im europäischen Kontext erinnern wird. Das Projekt wird als Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums firmieren und konzeptionell an die Wanderausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte von 2005/06 anknüpfen.² Die Stiftungsgremien wären dann ein geeigneter Ort – möglicherweise auch für Troebst und Piskorski –, um die Europäisierung des Themas voranzutreiben und den politisch-historischen Streit weiter zu entschärfen.

HistLit 2008-2-040 / Rainer Ohliger über Troebst, Stefan (Hrsg.): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*. Osnabrück 2006, in: H-Soz-

Kult 15.04.2008.

HistLit 2008-2-040 / Rainer Ohliger über Piskorski, Jan M.: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift. Aus dem Polnischen von Andreas Warnecke*. Osnabrück 2005, in: H-Soz-Kult 15.04.2008.

²Siehe dazu die Rezension von Sabine Voßkamp: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=35&type=rezausstellungen>>.